

**STADT SALZGITTER**  
DER OBERSTADTDIREKTOR

Postanschrift: Stadt Salzgitter · Postfach 100680 · 3320 Salzgitter 1



<b>EINGEGANGEN</b>	
14. FEB. 1986	

Arbeitskreis gegen Atomenergie

Herrn

Dr.

Sophie

3300 Braunschweig

Dienststelle

Büro des Oberstadtdirektors

Auskunft erteilt

Zimmer

Anrufbeantworter 402 402

Telex 95 4490

Durchwahl 0 53 41 / 402

Vermittlung 40 21

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

10. 12. 1985

Mein Zeichen

010

Datum

12. Februar 1986

Betreff:  
Planfeststellungsverfahren Schacht Konrad

Sehr geehrter Herr Dicke,

der Meinungsbildungsprozeß von Rat und Verwaltung in Sachen "Schacht Konrad" wird gegenwärtig von folgenden Überlegungen geleitet:

1. Die Entscheidung, ob Schacht Konrad Endlager für radioaktive Abfälle wird, ist offen. Die Errichtung und der Betrieb der Schachtanlage Konrad als Endlager für radioaktive Abfälle setzt gemäß § 9 b Atomgesetz (AtG) einen positiven Planfeststellungsbeschuß voraus.  
Mit einem Planfeststellungsbeschuß ist nach meinen gegenwärtigen Einschätzungen frühestens 1987/88 zu rechnen.
2. Die Stadt Salzgitter wird sich im weiteren Planfeststellungsverfahren zu Schacht Konrad äußern und erwartet - wie alle anderen Träger öffentlicher Belange - eine umfassende Beteiligung seitens der Planfeststellungsbehörde. Die Stadt behält sich ein abschließendes Votum nach Sichtung aller Antragsunterlagen vor.
3. Die Stadt Salzgitter geht davon aus, daß die der Planfeststellungsbehörde vorzulegenden Antragsunterlagen alle Sicherheitsrisiken für die Beschäftigten in der Schachtanlage und die Bevölkerung dieser Region ausschließen. Der Nachweis ist über die standortspezifische Sicherheitsanalyse für die Betriebs- und Nachbetriebsphase (Langzeitsicherheit) zu erbringen.

Soweit Ihre Vorschläge den Kompetenzbereich der Stadt Salzgitter berühren, gebe ich Ihnen folgenden Sachstand zur Kenntnis:

- a) Seit Mitte 1985 behandelt der Umweltausschuß im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der PTB Braunschweig den Gliederungsplan "Schacht Konrad". Die Sitzungen des Fachausschusses finden öffentlich statt.

0000

- 2 -

**BANKKONTEN DER STADTKASSE SALZGITTER:**

Nordd. Landesbank, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 27052713) Kto.-Nr. 3803806  
Sparkasse des Landkreises Goslar in SZ-Bad, (BLZ 26851620) Kto.-Nr. 918  
Deutsche Bank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 27072736) Kto.-Nr. 31/57021  
Volksbank Brwg., Zweigst. SZ-Lebenstedt, (BLZ 27090089) Kto.-Nr. 504043

Bank f. Gemeinwirtschaft AG, SZ-Lebenstedt, (BLZ 27012712) Kto.-Nr. 10930024  
Dresdner Bank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 27080060) Kto.-Nr. 6004891  
Commerzbank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 27040080) Kto.-Nr. 5/905005  
Postscheckkonto Hannover (BLZ 25010030) Kto.-Nr. 60 13 - 300

Die punktuelle Behandlung der einzelnen Plankapitel des Gliederungsplanes wird voraussichtlich bis Mitte 1986 andauern. Der interessierten Öffentlichkeit wird im Rahmen des Tagesordnungspunktes "Schacht Konrad" die Möglichkeit eingeräumt, zu den einzelnen Themenbereichen Fragen zu stellen bzw. ergänzende Informationen einzuholen.

- b) Die Planfeststellungsbehörde hat vor einigen Tagen erklärt, daß sie nach eigener Sichtung der vollständigen Antragsunterlagen die Stadt angemessen (ausreichend) beteiligen werde. Die Stadt Salzgitter sei an die öffentliche Auslegung (2-Monats-Frist) nicht gebunden.
- c) Die Stadt wird sich im weiteren Verfahren durch unabhängige Sachverständige gutachterlich beraten lassen.

Mit freundlichen Grüßen  


0001

[REDACTED]  
Vorsitzender des  
Umweltausschusses

3320 Salzgitter 1, 27. 01. 1986  
Rathaus

An den  
Arbeitskreis gegen Atomenergie  
[REDACTED]

3300 Braunschweig

Sehr geehrte [REDACTED]

Ihren Brief vom 10. Dezember 1985 habe ich an die Verwaltung der Stadt Salzgitter weitergegeben mit der Bitte, die Mitglieder des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter über den Inhalt zu informieren.

Als Vorsitzender des Ausschusses habe ich keine Möglichkeit, im Namen der Ausschußmitglieder zu sprechen oder Briefe zu beantworten. Ich bin vielmehr an die Beschlüsse des Ausschusses gebunden, der festgelegt hat, sich vor Abgabe der Stellungnahme der Stadt Salzgitter im Planfeststellungsverfahren möglichst breitgefächert sachkundig zu machen. Dazu gehören auch die Gespräche mit der Bürgerschaft in den Ausschußsitzungen, die stets in sachlicher Atmosphäre ablaufen. Durch die Öffentlichkeit der Sitzungen wollen wir den Bürgern die Möglichkeit geben, sich ebenfalls sachkundig zu machen.

Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]

0002

# **Christlich-Demokratische Union**

**Fraktion des Rates der kreisfreien Stadt Salzgitter**



— Der Fraktionsvorsitzende —

**Marktplatz 4  
Tel. (05341) 32186 und 32279  
3320 Salzgitter 51**

**Tag 17.12.1985**

[REDACTED]

3300 Braunschweig

Sehr geehrte [REDACTED]

Hiermit bestätige ich Ihr Schreiben vom 10.12.1985  
über das Planfeststellungsverfahren Schacht Konrad.

Die Fraktion hält sich an ihre vom Gesetz vorgeschrie-  
bene Kompetenz und wird innerhalb des Planfeststellungs-  
verfahrens ihr Votum abgeben.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Fraktionsvorsitzender

0004

Fraktionsvorsitzender [REDACTED]

Markt 4, 3320 Salzgitter 51, Tel. [REDACTED]

SPD Salzgitter

Rathaus  
3320 Salzgitter

Braunschweig, 18.12.85

Betr.: Sitzung des Umweltausschusses am 11.12.85 / Ihre Äußerungen

Sehr geehrte [REDACTED]

Ich komme auf Ihre Äußerung während der Umweltausschusssitzung am 11.12.85 zurück, daß Sie es (sinngemäß) "für unmöglich halten, daß bis heute wegen Konrad irgend jemand in dieser Stadt kriminalisiert worden ist". Da ich selber genau davon betroffen bin, habe ich dies durch Zwischenrufe kundgetan und komme jetzt auf Ihr Angebot zurück, dies ausführlicher zu begründen.

Seit Anfang dieses Jahres finden im monatlichen Wechsel sonntägliche Spaziergänge zu den Atommüllendlagern SCHACHT-KONRAD und ASSE II statt. Hiermit haben viele Bürgerinnen und Bürger Ihr Recht wahrgenommen und verteidigt, diese "öffentlichen Anlagen" (im Sinne von Anlagen, die letztendlich vom Bund gebaut werden) in regelmäßigen Abständen zu beobachten, um sich selbst ein Bild von möglichen Veränderungen zu machen. Das dies ein Recht ist, was verteidigt werden muß, belegt die Tatsache, daß die Spaziergänger wiederholt nach Bleckenstedt zurückgetrieben und z.T. sogar aus dem Ort getrieben wurden.

Die Polizei war jedesmal mit einem überdimensionalen Aufgebot präsent (incl. eines Hubschraubers!). Die Polizei schafft damit für Außenstehende das Bild, daß es sich bei den Spaziergängern um Kriminelle handeln muß, denen man mit einem derartigen Aufgebot begegnen muß. Doch wir wissen von vielen Leuten aus Bleckenstedt, daß sie zwar - aus Angst vor diesem Aufgebot - kaum aus ihren Häusern kommen, sie aber kein Verständnis für diese Auftritte der "Ordnungshüter" haben.

Die Spitze der Kriminalisierung - oder wie Sie es sonst nennen mögen - war meine Vorladung zur erkennungsdienstlichen Behandlung "wg. Verst. gg. § 25 Versammlungs§.". Der Vorwurf bezieht sich auf den 15.9.85, der Tag an dem wieder einmal ein Spaziergang stattfand. Ich habe an diesem Tag die "Alte Schule" in Bleckenstedt angemietet, sowie einen Gang durch den Ort, um das Kaffeetrinken mit Informationsstand in eben der Alten Schule anzukündigen, angemeldet. Dieser Gang fiel u.a. deshalb aus, weil mir nicht gestattet wurde, ein Megaphon zu benutzen. Insgesamt also alles ordnungsgemäß angemeldet. Der Vorwurf wurde bis heute nicht präzisiert, die von meinem Anwalt mehrfach geforderte Akteneinsicht bis heute verweigert.

Ich frage Sie, was sind das für Zustände in Salzgitter? Es ist offensichtlich schon nicht mehr möglich, ein informatives Kaffeetrinken zu den Problemen um SCHACHT KONRAD durchzuführen, ohne von der Polizei zwangsläufig zur erkennungsdienstlichen Behandlung vorgeladen zu werden. Meinen Sie, solche Vorgänge bleiben ohne Wirkung auf diejenigen, die evtl. auch vorhaben, etwas ähnliches durchzuführen? Wahrscheinlich werde ich keine juristischen Konsequenzen zu tragen haben, aber zumindest finanzielle, nämlich meine Anwaltskosten. Aber die abschreckende Wirkung bleibt erhalten.

Ich meine, es sind alle Menschen und Gruppierungen in unserer Region gefordert, ihren Teil dazu beizutragen, daß eine offene und sachliche Diskussion über die Gefahren um KONRAD möglich wird. Dem entgegen stehen ganz offensichtlich neben den von den Betreibern der Atomanlagen geschaffenen Sachzwänge (Stichwort "Entsorgungsnachweis KONRAD"), der Einseitigkeit der Information des Umweltausschusses durch die PTB auch das Klima der Abschreckung und Einschüchterung aller Menschen, die sich kritisch mit KONRAD auseinandersetzen und eher eine skeptische Haltung einnehmen. Es ist durchaus denkbar und möglich, daß Ihre Partei oder der Umweltausschuß sich politisch zu diesen Vorgängen äußert und sich für ein offeneres Klima einsetzt.

Abschließend noch ein Wort zu Ihrer Interpretation unserer Aussage "Über den vorhandenen Müll reden wir erst, wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind". Das soll genau das heißen, nicht mehr und nicht weniger. D.h. z.B. nicht, daß wir nicht über KONRAD reden. Das werden wir - wie Sie wohl gemerkt haben dürfen - sogar sehr aufführlich tun, wahrscheinlich sogar mehr als Ihnen lieb ist. Oder warum haben die SPD-Vertreter im Umweltausschuß die Diskussion mit uns glattweg von der Tagesordnung gestrichen? Was wir nicht tun werden ist, uns heute unter diesen Bedingungen in die Verantwortung ziehen zu lassen, Über den vorhandenen Müll nachzudenken. Wer verantwortlich sich die Entsorgungslage der bundesdeutschen Atomanlagen anguckt, kann angesichts nicht eines (!) genehmigten Endlagers nur zu dem Schluß kommen, als aller erstes die weitere Atommüllproduktion zu stoppen. Und das heißt nun einmal "Stilllegung aller Atomanlagen".

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Kopie meiner Vorladung zur erkennungsdienstl. Behandlung

0006

# Arbeitskreis gegen Atomenergie – Braunschweig

Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig · Telefon 0531-332914

AK gegen Atomenergie · Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig

Dieser Brief ist von:



12. Dezember 85

## P R E S S E I N F O R M A T I O N

### Schacht KONRAD Planfeststellungsverfahren:

### SPD – Salzgitter verhindert Dialog mit Bürgerinitiative

Auf Antrag des SPD Ratsherren [REDACTED] wurde eine Diskussion mit dem ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE am gestrigen Mittwoch, dem 11. Dezember von der Tagesordnung des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter gestrichen.

Der Arbeitskreis hatte die offensichtliche Untätigkeit des Umweltausschusses im Planfeststellungsverfahren um das geplante Atommüllendlager Schacht KONRAD kritisiert. Denn während die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) als Antragstellerin in der Öffentlichkeit längst erklärt hat, 95% des Atommülls der BRD könne in KONRAD eingelagert werden, ist sie im Umweltausschuß bisher nicht bereit oder in der Lage, Angaben über das radioaktive Inventar zu machen. Stattdessen beschäftigt sich der Umweltausschuß nach einem "stereotypen" (Ausschußvors. [REDACTED]) Plan, den die PTB vorgeschlagen hat, mit so interessanten Fragen wie dem Fuhrpark unter Tage.

Auf Initiative des GRÜNEN Ratsherren [REDACTED] hatte der Ausschußvorsitzende [REDACTED] (CDU) die Kritik des Arbeitskreises auf die Tagesordnung gesetzt.

Als Bürgerinitiativen sehen wir durch die Intervention der SPD unsere Vorbehalte gegen Parlamente und Parteien erneut bestätigt, wenn nicht einmal in den kommunalen Parlamenten möglich ist, offen und kontrovers über kritische Fragen zu diskutieren. Es wundert uns nicht, daß dieser Vorstoß von der SPD kam, die sich heute zu ihren radikalen Worten gegen die Einlagerung auch mittelaktiven Mülls in KONRAD verhalten müßte. Es macht aber auch deutlich, was von dem zu halten ist, was ihr Spitzenkandidat in Niedersachsen, Gerhard Schröder, in der Debatte um den Kanzlerhaushalt gesagt hat:

→ Rückseite

Konto-Nr. 251729-308 PschA Hannover (Schröder-Bürokontofoto)



" Die Menschen in unserem Land beginnen gegen den Ungeist Ihrer Politik aufzustehen, in den Gewerkschaften und in den Kirchen, in der Friedensbewegung und in den Bürgerninitiativen. Ich weiß, ohne dieses neue Engagement dort gibt es keine neue Politik. ... "

Gerhard Schröder, MdB  
176. Sitzung des 10. Dt. Bundestages  
Dienstag, 26. November 1985,  
Plenarprotokoll

Hört, hört!

Wie geht es weiter ?

- Der Arbeitskreis hat an die Fraktionen, den Umweltausschuß und den Oberstadtdirektor einen Brief geschrieben und Vorschläge zur Schaffung einer öffentlichen Diskussion um KONRAD unterbreitet.  
Der Brief ist Ihnen zugegangen, wir werden Sie über die Antworten unterrichten.
- In der gegenwärtigen Situation hält der Arbeitskreis eine öffentliche Informationsveranstaltung in Salzgitter, bei der sich alle Beteiligten erklären müssen, für unabweisbar notwendig. Sie darf jedoch keinesfalls wie die Podiumsdiskussion 1982 in der Gesamtschule Fredenberg zum Exerzierfeld des Spitzel- und Atomstaates werden.
- Darüberhinaus werden wir wie angekündigt wieder unsere eigenen Aktivitäten zu KONRAD verstärken, wobei es zum einen um die Schaffung einer breiten Öffentlichkeit geht, zum anderen aber auch die notwendige Schaffung eines wirksamen Widerstandes.

Bitte beachten Sie die anliegenden Informationen,  
es wird nicht die letzte sein.

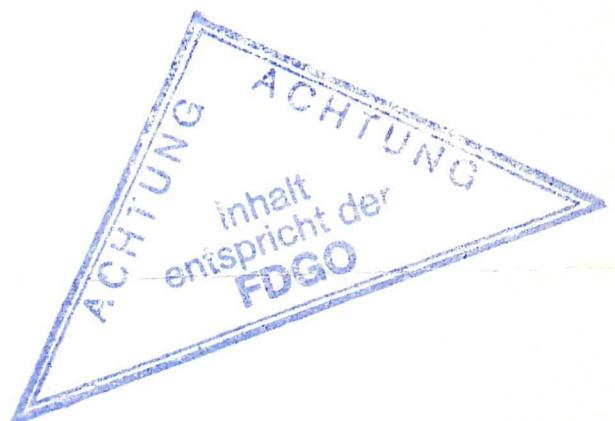
Mit besten Grüßen,

i.A.



Gedächtnisprotokoll Umweltausschuß 11.12.85

1. Zu Beginn der Sitzung stellt die SPD [REDACTED] den Antrag, den Punkt 4 der Tagesordnung: "Wie geht der Umweltausschuß mit Schacht Konrad um - Diskussion mit dem Arbeitskreis gegen Atomenergie" zu streichen. Als Begründung verweist [REDACTED] auf die "Zusammenstellung der Niederschriften und Vorlagen an den Umweltausschuß der Stadt Salzgitter ab November 1976" zu Schacht Konrad. Die CDU schließt sich dem Antrag der SPD an. [REDACTED] schaltet zu langsam und meldet sich nicht zu Wort. Innerhalb einer halben Minute ist der Tagesordnungspunkt.. abgesetzt.
2. Als TO Punkt 3 hält der Vertreter der PTB [REDACTED] einen Vortrag über Strom, Komunikation, Baufahrzeuge, Wetterführung etc.
3. Fragen der Ratsmitglieder und dann der Öffentlichkeit (20 Min)
  - welche Stoffe denn nun in Schacht Konrad gelagert werden, die Fragen des Strahlenschutzes, also alle wichtige Information und Diskussion ist im Umweltausschuß noch nicht erörtert worden. Der Ausschuß hält sich an die Gliederung der Planunterlagen der PTB. [REDACTED]: Dies hat der Ausschuß einmal beschlossen nach irgendeiner Systematik muß er ja vorgehen.
  - Auf Anfrage von [REDACTED] erklärt [REDACTED] (PTB), daß die PTB erst ab Beginn des Geländes für die Transporte zuständig sei. Im Planfeststellungsverfahren werde nur der Transport auf dem Gelände geprüft, nicht der Transport hin zum Gelände.
  - [REDACTED] erklärt, daß der Ausschuß die Öffentlichkeit damit herstelle daß immer nach den Vorträgen der PTB auch die Öffentlichkeit zu Wort kommen kann. Zu einer weiteren Herstellung der Öffentlichkeit (Vorschlag Informationsveranstaltung) hätte der Ausschuß keinen Grund.
  - [REDACTED] (SPD) zieht zur Rechtfertigung seines TO-Antrages das Flugblatt zur letzten Umweltausschußsitzung hervor auf dem steht: "Über den vorhandenen Müll reden wir erst, wenn die Atomkraftwerke stillgelegt sind". Damit sähe seine Fraktion keine Veranlassung mit uns zu reden.



~~noch zu schaffen~~

11. Dezember 1985

Zunächst herzlichen Dank für die Möglichkeit, unsere Sorgen und Bedenken hier zur Sprache zu bringen. Wir verbinden das aber natürlich auch mit dem Wunsch, von Ihnen in einigen uns sehr zweifelhaft erscheinenden Fragen, eine möglichst klare Antwort zu erhalten. Wir haben dies in einem Brief auch noch einmal an Ihre Fraktionen geschrieben und die Presse informiert. Und wir erhoffen uns im Kern natürlich, daß die Auseinandersetzung wieder auf eine öffentlich nachvollziehbare, seriöse und redliche Ebene gestellt wird. Wobei ich natürlich auch sagen muß, daß es im Moment nicht hauptsächlich an Ihnen liegt, wenn dies nicht der Fall ist.

#### Umwidmung der Schachtanlage KONRAD

Es geht ja darum, daß in dem bisher 3 1/3 Jahre dauernden Planfeststellungsverfahren eine faktische Umwidmung des Endlager KONRAD stattgefunden hat. Sie wissen, daß die Erkundungsarbeiten 1976 von der GSF mit der absoluten Festlegung auf 'schwachaktiven' Müll begonnen wurde. Und Sie wissen sicherlich auch von Schachtbefahrungen und Gesprächen mit [REDACTED], daß er immer betont hat, etwas anderes käme nicht in Betracht, denn etwas anderes sei nicht untersucht worden. Dabei hat sich im Laufe der Jahre immer

2/

wieder die Diktion geändert:

- schwachaktiv,
- schwachaktiv und Abrißkomponenten,
- Kriterium Oberflächendosisleistung,
- Kriterium Wärmeentwicklung.
- usw.

Wir haben deshalb schon sehr früh gefordert, der einzulagernde Müll müsse so spezifiziert werden, daß sich die Öffentlichkeit ein Bild davon machen kann, welche Stoffe in welcher Zusammensetzung mit welchem ~~h~~ chemischen, radioaktiven Gefährdungspotential im Einzelnen wie Kollektiv, eingelagert werden.

Als die GSF ihre Untersuchung abgeschlossen hatte, galt noch der nebulöse Begriff 'schwachaktiv'. Man kann von der GRUPPE ÖKOLOGIE halten was man will, aber soviel ist sicherlich richtig: Die GÖK hat der GSF in weiten Berichen eklatante Mängel nachgewiesen (- wobei hier vielleicht noch einmal der Platz ist, Ihnen für den Mut zu danken, ein solches Gutachten überhaupt möglich zu machen !-). Trotzdem hat die Bundesregierung mehrfach (z.B. im Entsorgungsbericht vom 30. August 1983) gesagt: KONRAD ist sicher, da kann eingelagert werden. Und das auf der Grundlage eines Abschlußberichtes, der nicht nur von der GÖK, von anderen Wissenschaftlern sondern auch in den Landesbehörden und an-

0009

0010

deren Fachbehörden auf erhebliche Skepsis gestoßen ist. Anders Sie wissen dies aus den Gesprächen mit diesen Stellen sicherlich genauso gut wie wir und die Art und Anzahl der Untersuchungen, die die PTB jetzt während des Planfeststellungsverfahrens nachreichen muß, spricht da ja eine deutliche Sprache.

Und während nun nach das Planfeststellungsverfahren bisher unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet, wird nach und nach immer mehr Müll nachgeschoben, der auch noch eingelagert werden soll. Das alles geschieht auf der Ebene der Definition und ~~XXXX~~ Namensgebung des Mülls.

Wir haben immer gesagt, es geht garnicht darum, dieses Erzlager danach zu untersuchen, welchen Müll es gefahrlos wielange beherbergen könnte, es geht darum <sup>für</sup> eine bestimmte, vorgegebene Menge Müll KONRAD zurechtzudefinieren. Und das ist eben - auch das haben wir vorhergesagt - der Müll, der nicht der Wiederaufarbeitung zugeführt werden kann. Und zu diesem Ergebnis muß man auch kommen, wenn man die fachliche Diskussion über den Salzstock Gorleben und Schacht KONRAD parallel betrachtet. Für uns ist dieser Zusammenhang absolut eindeutig, was zweifellos mit unseren prinzipiellen Zweifeln an der Atomtech-

0011

nik und unserem Skepsis gegenüber Behörden. Aber wie soll ein normal arbeitender Mensch, der die ganze Entwicklung nicht wie Sie aus Schriftstücke und Vorträgen sondern nur aus der Zeitung kennt, wie soll ein solcher Mensch sich in der achtwöchigen öffentlichen Auslegung ein so klares Bild von der Sache machen, daß er sich verantwortungsvoll für ~~die~~ eine Akzeptanz gegenüber der Planung oder für einen Einspruch entscheiden kann. Und diese Möglichkeit soll ja im Planfeststellungsverfahren ganz offiziell gegeben werden.

#### Ihre und unsere Aufgabe

Und an dieser Stelle ist glaube ich eine sehr ähnliche Aufgabe von Ihnen wie von uns zu lösen, wenn auch auf anderen Ebenen. Nämlich zu sagen, was vom Standpunkt der Öffentlichkeit vertretbar ist und was nicht. Unsere Meinung ist hier wohl ziemlich deutlich geworden, wir halten das Verfahren zunehmend für eine Farce.

Etwas verwirrt sind wir allerdings über Ihr bisheriges Verhalten. 1979 hat ~~[REDACTED]~~ erklärt (SZ 17. Februar 79): "Die Stadt würde höchstens ihre Zustimmung zur Lagerung schwachaktiver Substanzen geben." und am 18. Mai 81 war in der SZ zu lesen: "Die SPD-Fraktion wiederholt, daß sie sich jeder Lagerung mittelradioaktiver Ab-

0012

fälle mit allen Kräften widerersetzen wird."

Und wenn man so die Jahrgänge der Zeitung durchgeht - oder z.B. den sehr lesenswerten Pressepiegel der Informationsstelle liest - dann stellt man immer wieder die Ankündigung kritischer Fragen fest (-bis hin zur Anzweifelung der Unabhängigkeit der PTB durch SPD Landtagsabgeordnete-), aber keine praktischen Konsequenzen.

Unsere heutige Initiative ist nun auf einer Ebene angesiedelt, wo es - unabhängig von unserer prinzipiellen Meinung - nicht prinzipiell um die Eignung von KONRAD oder Atommüll im Allgemeinen handelt. Es geht lediglich darum, die öffentliche Auseinandersetzung wieder auf ein redliches und seriöses und nachvollziehbares Maß zurückzubringen. Angesichts der Sachzwänge - Sie wissen, daß heute der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf begonnen hat, aus der auch Abfälle nach KONRAD sollen, ohne daß es eine Spur von einem existierenden Endlager gibt und Sie wissen auch, daß die Reaktorruinen Niederachbach und Kahl auf die Einlagerung in KONRAD warten. Und da kann nicht einfach kritisch nachgedacht werden, bis die Sachzwänge so groß sind, daß niemand mehr zurück kann. Wir bitten Sie also um ein deutliches Zeichen, daß Sie das, was

0013

Sie bisher gesagt haben auch ernst meinen, daß Sie der PTB und dem Land mehr Ernsthaftigkeit abringen und sich selbst nicht zum Popanz ganz anderer Interessen machen sondern der Öffentlichkeit reinen Wein einschenken. Dies ist unseres Erachtens nicht mehr als kommunale Redlichkeit, Und bisher ist es doch ohne Zweifel so, daß erst Ihre kritische Hinterfragung hier im Ausschuß und unsere öffentlichen Drägen nach dem Debakel des GSF Abschlußberichtes dazu geführt haben, daß die zuständigen Behörden heute mit etwas mehr Sorgfalt prüfen.

Ganz kurz einige Worte zu unseren Vorschlägen:

0014

Stadtdirektor [REDACTED]  
Salzgitter Zeitung 17.2.79

SPD Ratsfraktion 1981  
SZ 18. Mai 1981

GSF, 1983  
BZ/SZ 25.1.1983

FAZ, 15.3.1984

[REDACTED], PTB  
SZ 16.3.84

[REDACTED] 1984  
SZ 11.5.1984

Handelsblatt, 13.11.1984

SPD [REDACTED], 1984  
SZ 16.10.1984

MdL [REDACTED], SPD  
SZ 21.5.1984

CDU Ratsfraktion 1985  
SZ 24.Januar 1985

"Die Stadt würde höchstens ihre Zustimmung zur Lagerung schwach-radioaktiver Substanzen geben"

"Die SPD-Fraktion wiederholt, daß sie sich jeder Lagerung mittelradioaktiver [REDACTED] Abfälle mit allen Kräften widersetzen wird"

"Der Pressesprecher der GSF [REDACTED] wies noch einmal darauf hin, daß nur an eine Einlagerung von schwachaktivem Abfall gedacht sei. Keinesfalls werde mittelaktiver oder hochaktiver [REDACTED] Atommüll im Schacht deponiert"

"In der Schachtanlage Konrad ist die Einlagerung solcher Abfälle vorgesehen, die eine geringe thermische Einwirkung auf das umgebende Gestein haben werden"

"Wie [REDACTED] dazu erklärte, sei noch keine Entscheidung gefallen, welche Abfälle für die Einlagerung in den Schacht Konrad geeignet sind und welche nicht"

(Vorstellung der Plankurzfassung im Umweltausschuß)

"In seinem Brief an Dr. Riesenhuber unterstreicht [REDACTED] die Notwendigkeit einer umfassenden Aufklärung und Information der Öffentlichkeit sowie einer sachlichen, wenn auch kontrovers geführte Diskussion in den politischen Gremien, durch die Vorurteile und noch vorhandene Informationsdefizite abgebaut werden können"

"Ausgenommen seien dabei nur die 5% hochaktiver Abfälle wegen ihrer Wärmeerzeugung"

"Zweifel an Unabhängigkeit der PTB"

"MdL [REDACTED] erklärte, daß vor deutlichen Klärungen keine Zustimmung der SPD in Salzgitter zu irgendwelchen Einlagerungen zu erwarten sei."

"Die CDU Ratsfraktion wird sich in einem Schreiben an den nieders. Bundesratsminister [REDACTED] für bessere Informationen über den Komplex 'Schacht Konrad' einsetzen."

# Arbeitskreis gegen Atomenergie – Braunschweig

Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig · Telefon 0531-332914

AK gegen Atomenergie · Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig

Dieser Brief ist von:



10. Dezember 85

## P R E S S E I N F O R M A T I O N

### Stadt Salzgitter zur Stellungnahme zum Schacht KONRAD Planfeststellungsverfahren aufgefordert

Um eine eindeutige Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren um Schacht KONRAD hat der BRAUNSCHWEIGER ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE jetzt die Ratsfraktionen, den Umweltausschuß und den Stadtdirektor der Stadt Salzgitter aufgefordert.

Es geht dabei um die eklatanten Widersprüche zwischen der ursprünglichen Planung, in KONRAD 'nur' schwachaktiven Atommüll einzulagern und der jetzt von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig zugegebenen Umwidmung, daß KONRAD 95% des gesamten Atommülls aufnehmen soll. Stadtverwaltung und SPD-Fraktion hatten in der Vergangenheit eindeutig erklärt, sich eine solche Umwidmung nicht gefallen lassen zu wollen, sich jetzt jedoch noch nicht geäußert.

Die Fragen des Arbeitskreises zum bisherigen Umgang des Umweltausschusses mit diesen Fragen wird am Mittwoch, dem 11. Dezember Gegenstand der Tagesordnung des Umweltausschusses sein.

#### Zu Ihrer Information:

Wir dürfen Sie schon jetzt darauf hinweisen, daß die Bürgerinitiativen für das erste Halbjahr 1986 eine Kampagne zur Endlagerfrage planen. Wir werden - wie schon 1982 - stets um eine sachliche Form der öffentlichen Auseinandersetzung dringen, solange es eine reale Möglichkeit gibt, diese Auseinandersetzung sachwirksam zu führen. Die Entwicklung der Auseinandersetzung wird also auch zukünftig von denen bestimmt, die dies zu verhindern suchen.

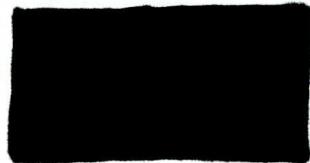


# Arbeitskreis gegen Atomenergie – Braunschweig

Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig · Telefon 0531-332914

AK gegen Atomenergie · Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig

Dieser Brief ist von:



10. Dezember 1985

Verteiler:

- Fraktionen im Rat der Stadt Salzgitter,
- Umweltausschuß der Stadt Salzgitter, z.Hd. [REDACTED]
- Herrn Stadtdirektor [REDACTED]
- regionale und überregionale Presse

betr.: Verhalten der Ratsfraktionen, des Umweltausschusses und der Stadt Salzgitter im Planfeststellungsverfahren Schacht KONRAD

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie Ihnen bekannt ist, nähert sich das Planfeststellungsverfahren um das geplante Atommüllendlager Schacht KONRAD einem entscheidenden Punkt. Zum einen steht in den nächsten Monaten die öffentliche Auslegung der Planunterlagen an. Zum anderen aber hat sich während des Planfeststellungsverfahrens nach und nach eine fast vollständige Umwidmung des Endlagers ergeben, wie wir sie bereits 1982 vorausgesagt haben.

Sie werden sich hoffentlich daran erinnern können, daß wir 1982 in einer breiten Öffentlichkeitskampagne auf ungeklärte Fragen der Atommüllendlagerung in Verbindung mit Schacht KONRAD hingewiesen haben. Wir haben damals u.a. vorausgesagt, daß davon auszugehen ist, daß sämtlicher Atommüll, der nicht der Wiederaufarbeitung zugeführt werden kann, in KONRAD eingelagert werden solle. Was GSF und PTB sehr lange bestritten haben, hat die PTB ja nun mit der Äußerung bestätigt, es sollen 95% des westdeutschen Atommüllvolumens in KONRAD eingelagert werden. Unsere Voraussage von 1982 bedurfte nicht unbedingt hellseherischen Fähigkeiten: Wir sind schlicht und einfach von der Tatsache ausgegangen, daß nicht KONRAD auf seine Eignung untersucht wurde, sondern daß ein Lager für den Müll definiert werden mußte, der nicht noch zusätzlich das ja auch unter Geologen umstrittene Lager Gorleben belasten soll.

Wir haben uns nach der Protestdemonstration vom 30.10.82 aus dem laufenden Verfahren weitgehend herausgehalten, da die Unterlagen wie sie wissen ja geheim gehalten wurden und Ihrerseits eine kritische Prüfung durch

- 2 -



die GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER eingeleitet wurde. Zudem gab es seitens einiger Ratsfraktionen und der Stadt eindeutige Festlegungen, eine Umwidmung der Schachtanlage KONRAD nicht einfach hinnehmen zu wollen.

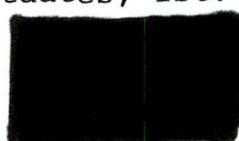
Obgleich die PTB diese Umwidmung nach und nach zugegeben hat, sind seitens Ihrer Fraktionen, des Umweltausschusses, des Rates und der Stadt eindeutige Reaktionen ausgeblieben.

Wir meinen, daß es an der Zeit ist, die Diskussion über Schacht KONRAD wieder auf einer seriöse, öffentliche Ebene zu stellen.  
Hierzu gestatten wir uns Ihnen einige konkrete Vorschläge zu unterbreiten, zu denen wir Sie hiermit um Stellungnahme bitten:

- 1) Rückweisung der politischen Eignungsaussage zu KONRAD (vergl. Entsorgungsbericht der Bundesregierung vom 30.8.83), die sich auf unvollständigen Untersuchungen der GSF bezog, die sich auf unzureichende Definitionen der einzulagernden Stoffe bezog und nach der die PTB noch weitreichende Untersuchungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens durchführen mußte.
- 2) Beratung der Stadt Salzgitter während des gesamten weiteren Planfeststellungsverfahrens durch eine unabhängige, bisher nicht mit KONRAD oder der atomaren Müll-Lagerung befaßten Stelle.
- 3) Gleichberechtigte Information des Umweltausschusses durch Betreiber (Land/PTB) und Kritiker (GÖK, Umweltschutz Forum, Arbeitskreis gegen Atomenergie)
- 4) Aufforderung an den Bund, adäquate Mittel für eine vollständige Neubegutachtung KOURADS bereitzustellen, an der Befürworter und Kritiker gleichermaßen beteiligt sind
- 5) Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung über Schacht KONRAD, die nach dem Stand der Dinge sicherlich nicht wie seinerzeit geplant eine Podiumsdiskussion sein kann, mit
  - a) einem Verfahrensbericht des Landes,
  - b) einer Stellungnahme der Stadt Salzgitter,
  - c) einer Teurteilung durch die PTB und
  - d) einer Beurteilung durch Kritiker (GÖK, Forum, Arbeitskreis gegen Atomenergie)
- 6) Forderung der Stadt Salzgitter nach umfassender eigener Akteneinsicht in die Planunterlagen vor der öffentlichen Auslegung und erheblicher Verlängerung des Auslegungsfrist für die betroffene Öffentlichkeit
- 7) Gewährleitung einer eigenständigen, auch vom Planfeststellungsverfahren unabhängigen Untersuchung über die Gefährdung und Belastung der Region durch die sich durch die Einlagerung von Atommüll in Schacht KONRAD anhäufenden Atommülltransporte

Zudem wären wir Ihnen dankbar um eine Meinungsäußerung, ob Sie unsere Auffassung teilen, daß der zeitweise faktische Belagerungszustand der Gemeinde Salzgitter-Bleckenstedt, verbunden mit einem faktischen Verbot öffentlicher Spaziergänge, eine bedauerliche Vorwegnahme des sich mit Einlagerungsbeginn in KONRAD auch in Salzgitter breitmachenden Atomstaates, ist.

i.A.



Stadt Salzgitter  
Der Oberstadtdirektor  
Ordnungsamt

26. 11. 85

# Ratssitzung Diffenbach

## Einladung

Betr.: 46. öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am Mittwoch,  
dem 11. 12. 1985

Sehr geehrte(r) Ratsherr(in)

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Herrn Ausschußvor-  
sitzenden zur 46. öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses am

Mittwoch, dem 11. 12. 1985, 15.00 Uhr,  
in SZ-Lebenstedt, Rathaus, Sitzungszimmer 68,  
ein.

### Tagesordnung:

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die 45. Sitzung des Umwelt-  
ausschusses am 13. 11. 1985
- 2) Darstellung des Bio-Indikatornetzes  
- Sachvortrag durch [REDACTED] und [REDACTED]  
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig, mit  
anschließender Diskussion -
- 3) Schacht Konrad  
- Behandlung des Gliederungsplanes "Schacht Konrad -Textband"  
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der PTB und Behandlung  
offener Fragen aus den letzten Umweltausschußsitzungen - (?) Frau Lutz
- 4) Wie geht der Umweltausschuß mit Schacht Konrad um ?  
- Diskussion mit dem Arbeitskreis gegen Atomenergie - X
- 5) Entwurf einer Smog-Verordnung für Niedersachsen  
- Vorlage -
- 6) Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der L 472 im Abschnitt  
von SZ-Gebhardshagen bis SZ-Salder  
- Vorlage -
- 7) 41. Änderung zum Flächennutzungsplan der Stadt Salzgitter und  
Bebauungsplan Th 30 SZ-Thiede, ehem. Sandgrube südöstlich Lin-  
denberg;  
hier: Satzungsbeschluß  
- Vorlage Nr. 1097/X -

- 8) Planfeststellungsverfahren Nord-Süd-Str., III. Bauabschnitt  
hier: Konzeption für die Knotenpunkte SZ-Gebhardshagen-Süd und SZ-Engerode  
- Vorlage zur Kenntnis -
- 9) Kläranlage SZ-Lebenstedt;  
hier: Projektfeststellung für die Sanierungsmaßnahmen auf der o.a. Kläranlage im Jahre 1986, Haushaltsstelle 7000.95005  
- Vorlage Nr. 1135/X - *wird nachgefordert*
- 10) Zuschuß an Naturschutzorganisationen;  
hier: Antrag des Deutschen Bundes für Vogelschutz e.V., Kreisgruppe Salzgitter, vom 1. 11. 1985  
- Vorlage zur Kenntnis -
- 11) Anlage eines Graureiher-Nahrungsbiotops;  
hier: Anpachtung eines Geländes in der Gemarkung SZ-Bad  
- Vorlage zur Kenntnis -
- 12) Naturschutzgebiet "Köppelmannsberg";  
- Vorlage zur Kenntnis -
- 13) Errichtung einer neuen Mülldeponie;  
- Sachstandsbericht -  
- Vorlage -
- 14) Kunststoff-Haushalt-Müll-Recycling;  
- Vorlage -
- 15) 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Salzgitter und Bebauungsplan Bad-74 für SZ-Bad "Golfplatz"  
hier: Behandlung der Bedenken und Anregungen sowie Feststellungs- und Satzungsbeschuß  
- Vorlage Nr. 1143/X -
- 16) Kläranlagen der Stadt Salzgitter;  
hier: Projektfeststellung für die Baumaßnahmen für Betriebsanlagen auf den städt. Kläranlagen im Jahre 1986 (Hst. 7000.96000)  
- Vorlage Nr. 1136/X -
- 17) Planung und Betreuung der landwirtschaftlichen Verwertung des auf der Kläranlage SZ-Lebenstedt anfallenden Klärschlammes sowie der landwirtschaftlichen Nutzflächen, auf die dieser Klärschlamm aufzubringen ist  
- Vorlage Nr. 1086/X - *wird nachgefordert*
- 18) Verfahren nach dem Nds. Wassergesetz;  
hier: Abwasserteiche bei Salzgitter-Hohenrode  
- Vorlage -
- 19) Lärmbelästigung durch die A 39 zwischen SZ-Sauingen u. SZ-Üfingen  
- Vorlage -
- 20) Anfragen

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung:  
[REDACTED]



24.11.85

[REDACTED]  
Vorsitzender des Umwelt-  
ausschusses  
Rathaus

Sehr geehrte [REDACTED]

ich beziehe mich auf Ihr Angebot an den Sprecher des Arbeitskreises gegen Atomenergie [REDACTED] während der letzten Umweltausschußsitzung, einmal über die von ihm vorgebrachte Frage: "Wie geht der Umweltausschuß mit Schacht Konrad um?", zu diskutieren.

Ich möchte Sie bitten, diese Frage als Punkt in die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen und dem Arbeitskreis die Gelegenheit zu geben, sich dazu aus seiner Sicht zu äußern.

Mit Dank und freundlichen Grüßen  
Ihr

Z.K. Grub [REDACTED]

0020

# Was macht der Umweltausschuß mit SCHACHT KONRAD?

Seit 1975 wird SCHACHT KONRAD auf seine Eignung als Atommüllendlager "untersucht". 10 Jahre lang sind wir mit nichtssagenden Phrasen oder Lügen abgespeist worden, während auf der anderen Seite Tatsachen geschaffen wurden:

- KONRAD wird alternativlos mit Mio DM Aufwand untersucht. Der Betrieb der Atomanlagen läßt den Atommüllberg ständig wachsen und das Problem für die Betreiber, diesen Müll "verschwinden" zu lassen, immer drängender werden. Schon vor (!) Abschluß der Untersuchungen wurde KONRAD als Entsorgungsnachweis für (Teil-) Genehmigungen für AKW's (Grafenrheinfeld, Grohnde, Brokdorf) benutzt.
- In dem Maß, indem die Nichteignung des Salzstocks Gorleben als Endlager offiziell zugegeben wird, steigt auch offiziell die Menge und Qualität des "einlagerbaren" Mülls in KONRAD. Heute spricht die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) von 95% des gesamten Atommülls, der für KONRAD vorgesehen ist. Und morgen ... ?
- Die jetzige Besitzerin und spätere Mitbetreiberin der Anlage, die Salzgitter AG, kann über ihre Tochterfirma Noell GmbH und die Beteiligung an der DBE in einem völlig neuen Wirtschaftszweig ein Monopol entwickeln. Die Verschrottung von Atomanlagen im In- und Ausland verspricht Gewinne in traumhafter Höhe. Diese wirtschaftlichen Interessen, die Abhängigkeit der Stadt vom Konzern und die Verflechtung der Salzgitter AG mit dem Bund, sind eine Vorentscheidung für ein Endlager KONRAD.

KONRAD ist zu einem der wichtigsten Eckpfeiler des Atomprogramms geworden. Die Entscheidung der Betreiber für das grösste Endlager Europas ist längst gefallen. Die genannten Fakten lassen für das Planfeststellungsverfahren nur einen positiven Ausgang zu.

Wir lehnen die Atomenergie insgesamt ab, weil sie

- volkswirtschaftlich und energiemäßig unsinnig ist.
- extrem lebensgefährdend ist.
- nur auf die Profitinteressen einiger Konzerne ausgerichtet ist.
- unter dem Deckmantel der zivilen Nutzung einer militärischen Nutzung dient.

Über den vorhandenen Müll reden wir erst,  
wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind !

Wie verhält sich nun der Umweltausschuß, der sich als Gremium versteht, die Umwelt (und auch den Menschen?) zu schützen? Bezeichnend dafür ist der Umgang mit der Frage, was in KONRAD eingelagert werden soll. Die Antworten auf diese Frage ergeben eine lange Reihe von Lügen und Beschwichtigungen.

0021

**Wir wehren uns dagegen, daß diese Reihe der Lügen und Beschwichtigungen heute fortgesetzt werden soll.**

## Die Geschichte der Lüge und Beschwichtigungen :

Nachdem Anfang 1979 der Protest gegen die geplante Atommülldeponie nicht mehr zu ignorieren war, erklärte Stadtdirektor [REDACTED] "Die Stadt würde höchstens ihre Zustimmung zur Lagerung schwachradioaktiver Substanzen geben (SZ, 17.2.79). In ähnlicher Weise hatte sich der P&S Konzern schon 1978 geäußert. Man werde die Anlage nur dann verpachten, wenn gewährleistet sei, daß nur leichtaktiver Müll endgelagert werde. Verschwiegen wurde bei dieser Haltung das Gefahrenpotential der schwachaktiven Substanzen; vielmehr setzte man auf die dem Laien kommende Verbindung "schwachaktiv gleich schwachgefährlich".

Als 1981 das "Gerücht" aufkam, in KONRAD solle auch mittelradioaktiver Müll endgelagert werden, erklärten die Sozialdemokraten: "Die SPD-Fraktion wiederholt, daß sie sich jeder Lagerung mittelradioaktiver Abfälle mit allen Kräften widersetzen wird" (SZ, 18.5.81). Rund ein Jahr später bestätigte ein Vertreter des Bundesforschungsministeriums dieses "Gerücht" .. Trotz öffentlicher Aufforderung, jetzt etwas zu unternehmen, hüllte sich die SPD in Schweigen (beides: SZ, 23.6.82)

Im Okt. 83 veröffentlichte die PTB einen Katalog über die in KONRAD einzulagern den Abfallarten. Damit war bekannt, daß in KONRAD auch plutoniumhaltiger und hochradioaktiver Atommüll endgelagert werden soll. Auch dazu schwieg die SPD fast 1 1/2 Jahre. Erst jetzt verlangt die SPD eine Erklärung dieser Entwicklung. Auf den angekündigten Widerstand warten wir bis heute.

Die Stadt Salzgitter gab 1983 auf Druck der Bürgerinitiativen ein Bewertungsgutachten an die Gruppe Ökologie (GÖK) in Auftrag. Die GÖK kam zu dem Schluß, daß die getroffene Eignungsaussage für KONRAD nicht aufrecht zu erhalten sei, da sie schwere methodische Mängel und Rechenfehler bei dem von der PTB in Auftrag gegebenen Gutachten feststellte. Die PTB gab das dadurch auch zu, daß sie anschließend wichtige Untersuchungen nachholte. Doch anstatt aus den Erfahrungen zu lernen, vertraut der Umweltausschuß heute schon wieder blindlings den Aussagen staatlicher Behörden und Institutionen.

**Wir fordern den Umweltausschuß und die Parteien auf, öffentlich zu ihren früheren Aussagen Stellung zu nehmen und sich intensiv mit der Kritik an der Atomenergie insgesamt und den Auswirkungen eines Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD für unsere Region auseinanderzusetzen.**

Statt sich mit der Kritik auseinanderzusetzen, werden Menschen, die sich gegen KONRAD wenden, zunehmend kriminalisiert. Bei den seit Anfang d.J. stattfindenden zweimonatlichen Spaziergängen um KONRAD wird stets ein überdimensionales Polizeiaufgebot aufgefahren, um uns und andere von vorneherein einzuschüchtern. Gegen den Anmelder eines Informationsstandes läuft z.Z. ein Ermittlungsverfahren wg, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

### Wir Fordern:

- Rücknahme der Eignungsaussage durch die PTB und die Bundesregierung
- Abbruch des Planfeststellungsverfahrens
- Abbruch der begonnenen Arbeiten an und im SCHACHT KONRAD

Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie und  
AKW-Gegnerinnen und Gegner aus der Region

AKW-Gegnerinnen und Gegner aus Salzgitter und Umgebung

95% des

Entwurf für eine neue  
erdbebenresistente Konrad/Messe-  
Info III im Dezember '85

95% des westdeutschen Atommülls sollen in dem Erzschacht KONRAD in Salzgitter eingelagert werden. Wir haben schon 1982 prophezeit, daß KONRAD für sämtlichen Müll, der nicht wieder aufgearbeitet werden kann, zurechtdefiniert werden soll. Und in diesem Herbst hat es die Physikalisch-Technische-Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig endlich zugegeben.

Kommunalpolitiker in Salzgitter, die noch vor wenigen Jahren die Mär glaubten, es solle 'nur' schwachaktiver Müll eingelagert werden und radikal verkündeten, etwas anderes würden sie sich auch garnicht gefallen lassen, äußern sich jetzt lieber überhaupt nicht mehr.

Wir haben daher am Mittwoch, dem 11. Dezember den Umweltausschuß in Salzgitter besucht, uns Rederecht erbeten und wollten (gänzlich freundlich) auf diesen Widerspruch hinweisen.

Was der CDU-Ausschußvorsitzende jedoch hochoffiziell auf die Tagesordnung setzte (TOP 4: Diskussion mit dem Arbeitskreis gegen Atomenergie) wurde auf Initiative der SPD zu Beginn der Sitzung im Handstreich wieder gestrichen.

Stattdessen ließen sich die Kommunalpolitiker von der PTB auf Folien vorführen, was für Kraftfahrzeuge dereinst unter Tage fahren sollen.

Unter Tage, so der PTB-Vertreter, sehe das natürlich alles noch viel schöner aus. Besonders intelligent fand sich dann wohl ein Ratsherr, der kritisch anmerkte, ob die maximal 750 Kg Sprengstoff, die unter Tage lagern, nicht gefährlich sein könnten. Als ob die PTB so dumm wäre, ausgerechnet an einem so offensichtlichen Problem Fehler zu machen.

Als dann Ausschußvorsitzende auch der anwesenden Öffentlichkeit Fragerecht einräumt, fragen wir, warum die Ratsherren Baggerbilder bestaunen (wie kleine Kinder die elektrische Eisenbahn), statt sich mit den brisanten Fragen zu beschäftigen, was denn nun für Stoffe mit welchen Gefährlichkeit in KONRAD eingelagert werden sollen. Wieso werden hier 750 Kg Sprengstoff zum Problem, wenn mit den 500 Kg Plutonium, die die PTB u.a. einlagern will, die ganze Menschheit vergiftet werden könnte? Warum lassen sich Kommunalpolitiker gefallen, daß die PTB in der Öffentlichkeit verkündet, in Konrad können 95% des deutschen Atommülls eingelagert werden, im Ausschuß aber nichts sagt, vielleicht sogar nichts sagen kann? - Ausschußvorsitzender [redacted] erklärt, der Ausschuß habe sich auf

Vorschlag der PTB auf einen stereotypen Durchgang durch die Planunterlagen geeinigt. Und da kämen die brisanten Punkte leider erst später im nächsten Frühjahr.

Das die PTB durch politische Aussagen in der Öffentlichkeit schon Tatsachen schafft, die öffentliche Auslegung der Planunterlagen ebenfalls für Frühjahr (vielleicht zeitgleich mit der Unterichtung des Umweltausschusses ?) angekündigt hat, stört den Umweltausschuß schon. Passieren tut aber nichts. Vielleicht weil die Kommunalpolitiker wissen, daß der Genehmigungsbehörde die Meinung der Kommunalpolitiker sowieso egal ist.

Aber die Möglichkeit die Alarmglocke zu läuten in einem Verfahren, daß längst zur Farce degradiert ist, diese Möglichkeit verspielen die Kommunalpolitiker gerade jetzt.

Und als [REDACTED] von den GRÜNEN Salzgitter noch darauf hinweist, daß am Schacht KONRAD faktischer Ausnahmezustand herrscht, wenn AKW-Gegner/innen spazieren gehen, entblödet sich SPD [REDACTED] ("Wir leisten hier schwere Lernarbeit. Wir können ja nicht jeden unerritten, der sich bisher damit nicht beschäftigt hat") nicht zu sagen: "In dieser Stadt wird niemand kriminalisiert, weil er Gegner der Atomenergie ist."

Das Verfahren gegen den offiziellen Anmelder eines Kaffeetrinkens in Salzgitter-Bleckenstedt (keine Toten, keine Verletzten) läuft noch.

Die Karten müssen auf den Tisch - jetzt !  
Den Kommunalpolitikern empfehlen wir etwas mehr Ernsthaftigkeit - und wir verlangen mehr Öffentlichkeit.

Die Karten müssen endlich auf den Tisch - und notfalls mischen wir sie selber !